



Auswertung der AfA-Umfrage zur finanziellen Situation aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im SPD-Bezirk Hessen-Süd in Zeiten der Corona-Krise.

In Zeiten der Corona-Pandemie erleben wir ungewöhnliche Zeiten.

Wir, als Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Bezirk Hessen-Süd, haben einen Fragebogen erstellt, um die finanzielle Situation, in Zeiten der Corona-Krise, aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen-Süd in Erfahrung zu bringen. Mit der Auswertung wollen wir eine politische Initiative starten, um die wichtigsten Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verdeutlichen.

Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag haben ein riesiges finanzielles Paket auf den Weg gebracht, dass die negativen Folgen dieser Krise so gut wie möglich vermindern soll. Die SPD-Minister im Bundeskabinett spielen dabei eine herausragende Rolle. Das Bundesarbeitsministerium, unter Leitung von Hubertus Heil, unterstützt von entsprechenden Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, versucht insbesondere die Nachteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu reduzieren. Alle dazu notwendigen Gesetze werden mit einer riesigen Eile diskutiert und verabschiedet. Gleiches gilt für Verordnungen etc. Dieses Tempo ist mit der Gefahr verbunden, dass sich Fehler und "Ungenauigkeiten" einschleichen. Dies kann man nur erkennen, wenn man möglichst einen direkten Kontakt zu den betroffenen Personen herstellt. Genau dies ist jedoch auf den gewohnten Wegen zurzeit nicht möglich.

Mit dem Fragebogen hat die AfA Hessen-Süd einen solchen Kontakt zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hergestellt, die uns in unserem Verantwortungsbereich, im SPD-Bezirk Hessen-Süd, als solche bekannt sind.

Der AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd freut sich außerordentlich, dass bei unserer Umfrage 774 Genossinnen und Genossen mitgemacht haben.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Allen, die sich die Zeit für eine Teilnahme genommen haben und uns so dabei helfen werden, die blinden Flecken in den Gesetzgebungen der vergangenen Tage und Wochen aufzudecken.

Nachfolgend präsentieren wir Euch die wichtigsten Ergebnisse und möchten auch einige Ideen, Kritiken und besondere Ansätze hervorheben.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben massive Probleme finanzieller und organisatorischer Art in Zeiten der Corona-Krise und leider sind auch einige in ihrer Existenz bedroht. Dies hat auch unsere Auswertung ergeben.

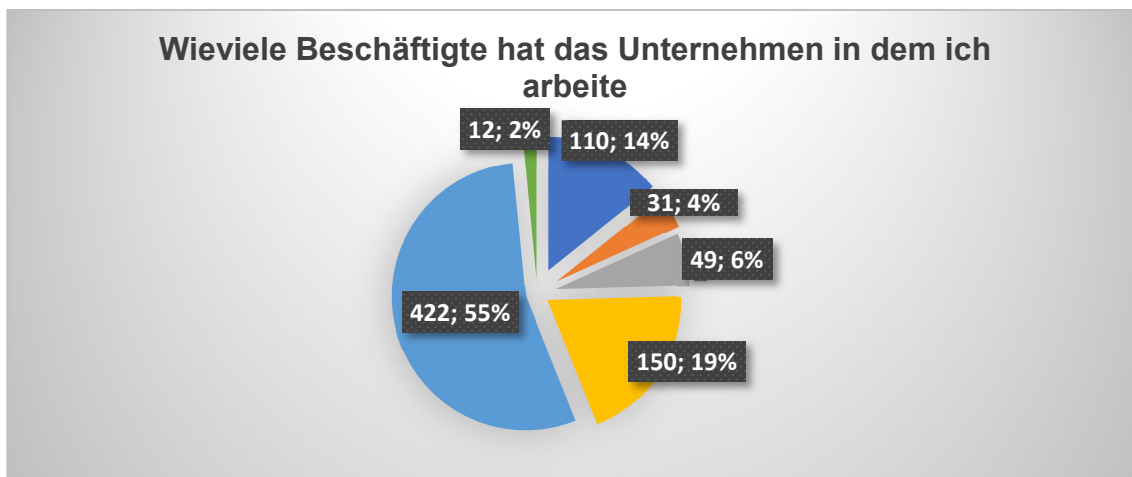
Starten wir hier zunächst mit der Statistik:

Die teilnehmenden Personen sind in folgenden Branchen tätig (mehrfach gab es Überschneidungen):

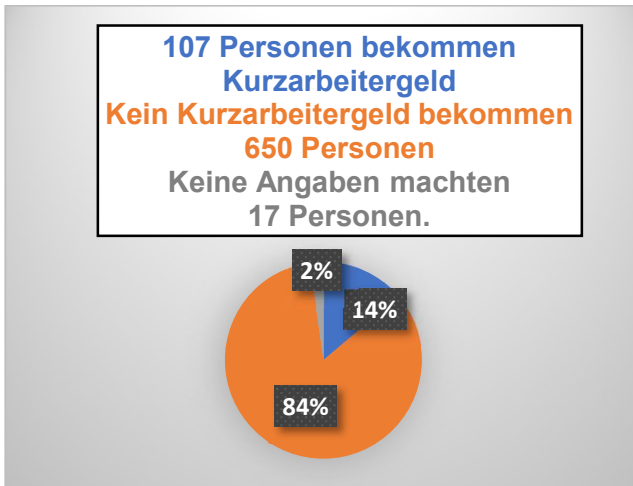
- 02 Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch Private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
- 04 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- 07 Energieversorgung
- 07 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- 08 Exterritoriale Organisationen und Körperschaften
- 08 Grundstücks- und Wohnungswesen
- 11 Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- 13 Gastgewerbe
- 18 Kunst, Unterhaltung und Erholung
- 25 Baugewerbe
- 26 Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- 39 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
- 42 Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
- 46 Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
- 48 Verkehr und Lagerei
- 62 Erziehung und Unterricht
- 62 Verarbeitendes Gewerbe
- 65 Information und Kommunikation
- 74 Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- 93 Gesundheits- und Sozialwesen
- 160 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung

Wie viele Beschäftigte hat das Unternehmen, in dem ihr arbeitet:

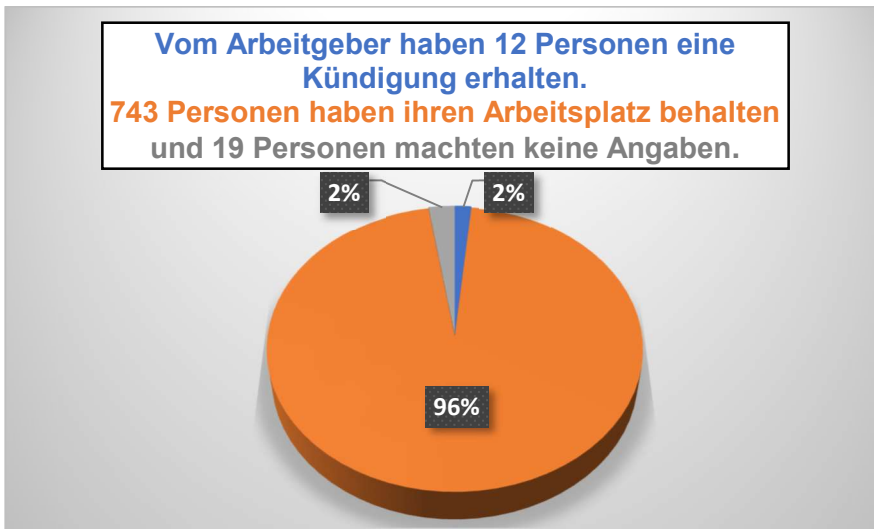
- 110 Personen arbeiten in einem Unternehmen von 1-10 Beschäftigte
- 031 Personen arbeiten in einem Unternehmen von 11-25 Beschäftigte
- 049 Personen arbeiten in einem Unternehmen von 25-50 Beschäftigte
- 150 Personen arbeiten in einem Unternehmen von 50-250 Beschäftigte
- 422 Personen arbeiten in einem Unternehmen von über 250 Beschäftigte
- 012 Personen gaben keine Angaben



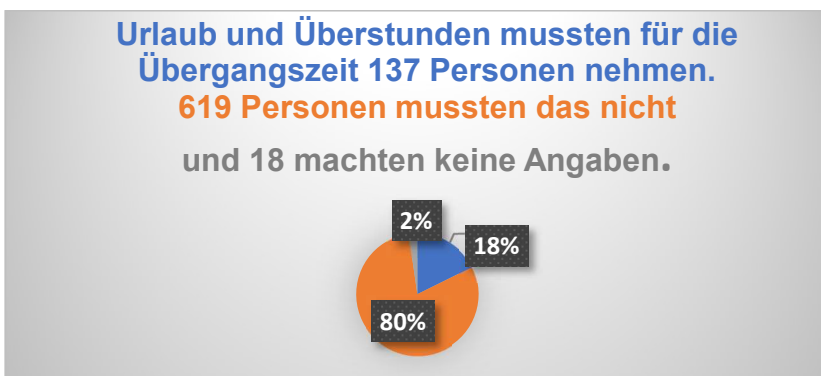
Kurzarbeitergeld bekommen:



Vom Arbeitgeber haben gekündigt bekommen:

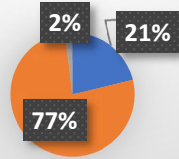


Urlaub und Überstunden für die Übergangszeit mussten nehmen:



Haben kleine Kinder die betreut werden müssen:

164 Personen haben kleine Kinder die betreut werden müssen. 595 Personen haben keine oder große Kinder und 15 Personen machten keine Angaben.

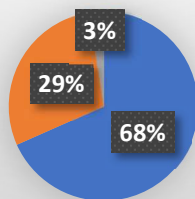


Die Kinderbetreuung gestaltet sich ziemlich genau bei der Hälfte aller Personen als schwierig:

Ja 75 Personen
Nein 77 Personen
12 K.A.

Der Arbeitgeber ermöglicht Mobiles / Home Office:

Mobiles- oder Home Office haben 529 Personen von ihrem Arbeitgeber ermöglicht bekommen. 226 Personen können dies leider nicht nutzen und 19 Personen machten keine Angabe.

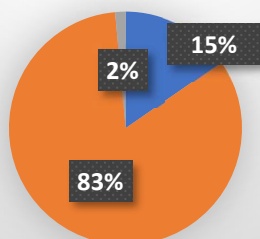


Schwierigkeiten, dass der Arbeitgeber Mobiles / Home Office ermöglicht hatten:

90 % der Personen, die im Homeoffice arbeiten, haben keine Probleme und für 10 % gestaltet es sich als schwierig.

Große Finanzielle Einbußen durch die Corona-Krise haben

Große Finanzielle Einbuße haben 119 Personen. 644 Personen haben keine größeren Einbußen und 11 Personen machten keine Angaben.



Folgende Schwierigkeiten traten insgesamt mit den Arbeitgebern auf:

→ 221 Teilnehmende haben diese Frage beantwortet.

Trotz aller Probleme möchten wir zunächst einmal hervorheben, dass ein großer Teil der Befragten sich positiv zu dem Vorgehen der Arbeitgeber geäußert hat und bestätigte, dass es keinerlei Probleme gab. (74 Antworten) Das freut uns sehr, täuscht jedoch auch nicht über die vielen unzufriedenen Stimmen hinweg.

Die größte Herausforderung stellt somit die schlechte Ausstattung mit Hard- und Software, sowie die allgemein suboptimale technische Ausrüstung, sowie schlechtes w-Lan dar. (50 Antworten)

Weitere 50 gaben jedoch auch an, dass ihre Arbeitgeber vollends mit der Situation überfordert waren. Hier muss eine noch stärkere Beratung und Unterstützung der Unternehmen erfolgen.

- Die Arbeitgeber reagierten sehr langsam und unvorbereitet auf die neue Situation.
Es wurde verharmlost. (13 Antworten)
- Es wurde kein Homeoffice gestattet (9 Antworten)
- Es gibt in Pflegeheimen, Krankenhäuser usw. nicht genügend Schutzkleidung usw.
(10 Antworten)
- Mangelndes Vertrauen beim Arbeitgebernachweis (1 Antwort)
- Minusstunden und Kurzarbeit (13 Antworten)
- Probleme mit dem Arbeitsvertrag (8 Antworten)
- Schlechte Kommunikation mit dem Arbeitgeber (6 Antworten)
- Zwangsweise Urlaub (6 Antworten)
- Gesetzliches Kontaktverbot am Arbeitsplatz wird nicht eingehalten (2 Antworten)
- Es wurde Schichtarbeit eingeführt, um das Kontaktverbot einzuhalten (2 Antworten)

Welche Regelung hättest du dir von Seiten des Arbeitgebers gewünscht?

Auch in diesem Bereich gab es einiges an positiven Rückmeldungen, was uns wiederum sehr erleichtert und positiv stimmt. Dennoch gibt es hier klare Wünsche, die teilweise eine starke Mehrfachnennung erfahren haben:

Kurzarbeit: Mehr Information 19, Aufstockung voller Lohnausgleich: 21, nicht alle pauschal in KA schicken 4

Es wurde alles getan: 14, Vorbildlich: 19

Flexiblere Arbeitszeiten 2, bessere Arbeitsorganisation 1, transparentes Miteinander 1

Home Office Prozesse schneller & besser schaffen 16, alle in HO schicken 17, gut geregelt 3, Freistellung für Risikogruppen 3, HO und Telefinkonferenz: 1, HO für immer: 1

Erst Überstunden-Abbau 1, Vertrauensarbeitszeit im Schichtbetrieb 2, flexiblere Urlaubsregelung 2

Angebot zur Kinderbetreuung 4, bezahlte Freistellung für Kinderbetreuung 3

Schutzmaßnahmen früher und besser: 6, Schutzmaßnahmen ok: 1, Schutzmaßnahmen konsequenter durchsetzen: 2

Schlechte Kommunikation des Arbeitgebers bzw. Öff. Dienst 7, Betriebe mit Publikumsverkehr schneller schließen 2, angepasste Geschäftsöffnungszeiten 1

Notfallplan & Risikomanagement gut: 6, Risikomanagement Pandemie nicht vorhanden: 15

Einbeziehung des BR/Betriebsvereinbarung/Gewerkschaft: 7, bessere & schnellere Information auf Augenhöhe: 12, mehr Vertrauen: 3, Solidarität: 2

Arbeitsplatzgarantie nach der Pandemie: 5

Willkür und Schikanen durch Leitungskräfte: 1, Schnellere Umsetzung besprochener Aktionen: 1, ein Gespräch vor der Kündigung: 1, Parkplätze/-Häuser für alle 1

mehr Investition in qualifiziertes Personal/Pflege-Personal, anstatt Profite 2, Mindestlohn für alle med. Berufe 1

klare Regelungen für Auszubildende: 1

Zu dieser Frage haben 211 Teilnehmer eine Antwort gegeben.
13 Teilnehmer haben nicht relevante Antworten gegeben.

Magst du naher auf deine finanziellen Einbußen eingehen?

Bisher beziehen 84 % der Personen unserer Umfrage noch kein Kurzarbeitergeld, aber sehr viele haben Angst davor, dass es noch umgesetzt werden könnte.

14 % bekommen bereits Kurzarbeitergeld und hier sind die Sorgen am größten, dass es den Ehepartner / die Ehefrau auch noch treffen könnte oder man ist bereits Alleinverdiener und das Geld reicht jetzt nicht mehr zum Leben.

Viele bauen massiv Minusstunden auf und Urlaub ab, um erstmal nicht in Kurzarbeit zu müssen.

Viele Menschen sorgen sich, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und in dieser Zeit auch so schnell keinen neuen zu finden.

Ausbildungs- und Praktikumsvergütungen werden weiterhin gezahlt. Hier sind die Sorgen groß, nach der Ausbildung übernommen zu werden.

Es fehlt an der Unterstützung für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen, hier sind viele in ihrer Existenz bedroht oder haben Angst davor.

Einige haben Sorgen, ihre monatlichen Fixkosten, ganz besonders die Miete, nicht mehr zahlen zu können.

Besonders groß sind die Sorgen von Alleinerziehenden, die mit ihrem Einkommen mehrere Personen finanzieren müssen. Hier ist auch die Angst zugegen, dass auch der Exmann / die Exfrau nur noch weniger Unterhalt zahlen könnte.

Kinderbetreuungskosten entstehen gerade zusätzlich, die nicht unerheblich sind.

Betriebsräte wurden gelobt, die sich für eine Aufstockung der Gehälter stark machten und diese mit dem Arbeitgeber aushandelten. Auch einige Arbeitgeber wurden lobend erwähnt, die freiwillig die Gehälter bei Kurzarbeit aufstockten.

Nebeneinkünfte, die sonst schon zum Leben notwendig waren, wie Kellnern, Taxifahren, etc. fallen zur Zeit alle weg. Die Angst ist groß, dass Kredite die vorher oder jetzt aufgenommen wurden, nicht mehr getilgt werden können. Geldanlagen, Aktien, Lebensversicherungen, Fonddepots, haben zusätzlich massiv an Wert verloren. Besonders die Anlagen für die Altersabsicherung beunruhigt viele.

Zugesicherter Jahresbonus, Zulagen bei Schichtarbeit, Wegfall von Gewinnbeteiligungen, variable Lohnbestandteile, Weihnachts- oder Urlaubsgeld wird nicht mehr ausgezahlt, Überstunden werden ersatzlos gestrichen und nicht mehr ausgezahlt.

Viele Menschen loben, dass sie im Homeoffice weiterhin ihrer geregelten Arbeit nachkommen können und somit nicht von finanziellen Einbußen betroffen sind.

Menschen, die im öffentlichen Dienst tätig sind, haben am wenigsten Angst vor Kürzungen oder Verlust des Arbeitsplatzes. Jobcenter sind überlastet und geben keine Rückmeldungen.

Im ländlichen Raum ist die Problematik, dass der Nahverkehr deutlich schlechter fährt und man jetzt zur Ausübung des Berufes eigentlich ein Auto bräuchte.

Bei befristeten Arbeitsverträgen besteht die Angst, dass dieser nicht verlängert wird. Die größte Unsicherheit besteht darin, dass niemand definitiv sagen kann, wie lange die Krise dauern wird. Wäre diese zeitlich beziffert, könnte man eher damit umgehen und finanziell besser einschätzen.

Auswertung der Rubrik "Was erwartest du nach der Krise von deinem Arbeitgeber?"

In dieser Rubrik haben insgesamt 263 Personen Angaben gemacht, einige Personen haben mehrfache Hinweise gegeben. Einige (wenige) Male wurde darauf hingewiesen, dass man "Erwartungen" auch im Sinne von "Wünschen" verstehen kann.

Ohne eine direkte Auswertung vorgenommen zu haben kann man an Hand der Antworten vermuten, dass viele der antwortenden Personen im Gesundheits- und Sozialbereich tätig sind. Dies ist aber auch angesichts der aktuellen Situation nicht verwunderlich. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeiten kann im Verwaltungs- und Bürobereich vermutet werden.

Die Personen die in dieser Rubrik "artfremde" Angaben gemacht haben oder undifferenziert kein positives Verhalten erwarten ist mit insgesamt 20 Personen relativ gering. Dazu gehören aber auch einzelne Personen (vier) die eine Krisenbewältigung nach den "alten" Mustern durch Reduzierung der öffentlichen Angebote im Bildungs- und Sozialbereich befürchten. Sieben Personen erwarten die Insolvenz ihres Arbeitgebers und als Folge daraus ihre Arbeitslosigkeit.

In Gegenzug gehen 56 Personen davon aus, dass es nach der Krise so weiter geht wie bisher (business as usual, Rückkehr zur Normalität) und 26 Personen erwarten ausdrücklich den langfristigen Erhalt ihres Arbeitsplatzes.

Ein Schwerpunkt der Antworten liegt in der Erwartung, dass die Arbeitgeber aus der aktuellen Situation lernen. Dies bezieht sich einerseits auf die derzeitigen technischen Möglichkeiten des mobilen Arbeitens, insbesondere auf Home-Office, aber auch auf flexiblere Arbeitszeitmodelle (63). Diese Erwartung wird aber auch im Zusammenhang mit organisatorischen Sachverhalten gemacht: Dauerhafte Loyalität gegenüber den Arbeitnehmern, kollegiale Führungsstile, bessere Arbeitsorganisation, mehr Transparenz und Informationen (20). Von 18 Personen wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich der bessere Arbeits-, Gesundheitsschutz und eine bessere Vorbereitung auf zukünftige vergleichbare Situationen genannt. 42 Personen erwarten eine bessere Bezahlung (auch steuerfreie Prämien) und grundsätzlich bessere Arbeitsbedingungen. Gerade bei dieser Antwort wurde öfter ein direkter Bezug zum Gesundheits- und Sozialbereich genannt. Solidarität darf keine Einbahnstraße sein.

11 Personen erwarten ein erhebliches Maß an Mehrarbeit zum Nachholen der versäumten Arbeit in Verbindung mit Überstunden und sogar der Befürchtung von Überbelastung. In diesem Zusammenhang wird aber auch der Hinweis gegeben (von vier Personen), dass man eine Änderung des Bundesurlaubsgesetzes für erforderlich hält, damit Urlaubsguthaben (auch alter Urlaub) großzügiger übertragen werden können.

Im Einzelfall wurden aber auch eine Reihe von erstaunlichen Angaben gemacht, weil sie eigentlich eine schlichte Selbstverständlichkeit sind: Endlich pünktliche Bezahlung, Ausgleich und Abgeltung von Überstunden, eine wirksame Aufsicht über die Pflegeheime.

Abschließend haben uns einige Genossinnen und Genossen unter dem **Motto „Ich möchte folgendes noch anmerken“** noch mit auf den Weg gegeben:

Home Office:

Im Bereich des Home Offices gehen die Meinungen stark auseinander.

So haben einige Personen Probleme mit Home Office und einer zeitgleichen Kinderbetreuung. Zudem mangelt es oft an der notwendigen technischen Ausstattung. Spezielle Berufsgruppen beschwerten sich, dass sie im Gegensatz zu anderen Arbeitnehmer*innen nicht Home Office machen können.

Auch eine Informationsarbeit zur Darlegung der Unterschiede zwischen Home Office und mobilem Arbeiten wird gefordert.

Auf der anderen Seite gibt es Unternehmen, die sich und ihre Mitarbeiter*innen frühzeitig auf ein Home Office mit moderner Software und anderen technischen Accessoires ausgestattet haben. Hier wird eine tarifvertragliche Regelung gefordert. Es ist zu überlegen, ob Home Office in Krisenzeiten zur Pflicht werden könnte. Insbesondere für Risikogruppen zu Zeiten von Corona. Auch umweltpolitisch hat diese Phase des Home Offices große Vorteile. Die Zahl der Geschäftsreisen sank enorm. Ein ähnlicher Trend nach der Krise wäre wünschenswert.

Kurzarbeit:

Hinsichtlich der Kurzarbeit fordern einige Personen eine Nachbesserung. 60 % des Nettogehalts langt nicht zum Leben. Insbesondere nicht auf Basis eines Mindestlohnes. In vielen Ländern wurden bereits arbeitnehmerfreundlichere Regelungen gefunden. Auch über eine Weiterbildung auf Fernlehrgang während der Kurzarbeit sollte nachgedacht werden.

Besondere Berufsgruppen

Besondere Berufsgruppen, wie z. B. Musiker*innen, Künstler*innen und Freischaffende, dürfen bei allen Maßnahmen nicht vergessen werden.

Ein besonderes Augenmerk sollen Pflegeberufe bekommen, die durch diesen sensationellen Einsatz hoffentlich langfristig Aufmerksamkeit bekommen.

Lobenswertes:

Einige Arbeitgeber*innen wachsen in der Coronakrise über sich hinaus. Der Zusammenhalt im Unternehmen ist oft zu spüren. Viele Arbeitgeber*innen zahlen freiwillig die Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und den 100 % des normalen Entgelts.

Manche Unternehmen zahlen für die Arbeitnehmer*innen, die kein Home Office machen können, Essen und Getränke.

Auch im Bereich der Arbeitszeit gibt es viel Entgegenkommen. So können manche Personen ihre Minusstunden bis März 2021 ausgleichen oder einen Schichtbetrieb aufnehmen, um die Kinderbetreuung zu ermöglichen.

Die Mitarbeiter*innen und Beamten im öffentlichen Dienst wissen insbesondere in diesen schweren Zeiten ihren Arbeitsplatz zu schätzen.

Negatives:

In vielen Branchen kann der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden. Auch die Schutzausrüstung wird knapp, weswegen ein Gefahrezuschlag das Mindeste wäre. Das ohnehin schon knappe Kurzarbeitergeld muss am Jahresende noch nachversteuert werden! Ebenso das Schreiben von Anträgen auf Soforthilfe ist für viele Menschen sehr kompliziert. Millionenschwere Unterstützungen für die Wirtschaft kommen größtenteils nicht bei der Belegschaft an.

Manche Genossen befürchten, dass durch die Maßnahmen die Wirtschaft zerstört und die soziale Schere noch weiter auseinanderklaffen wird.

In dieser Krisenzeit leiden die Arbeitnehmer*innen darunter, dass in der Vergangenheit viele Stellen in verschiedenen Branchen weggekürzt wurden. Oft werden nun noch Minijobber*innen aus Kostengründen gekündigt. Die Arbeitslast bleibt.

Auch der Umgang in einem Unternehmen ist oft je nach Abteilung sehr unterschiedlich. Als Beispiel sei ihr die städtische Verwaltung zu nennen.

Betreuung (Kinder, alte Menschen und Behinderte):

Die Kinderbetreuung und die Aufforderung Überstunden zu leisten geht auf Dauer auf die Substanz.

Die Betreuung von alten Menschen, deren 24-Stunden-Kräfte aufgrund von Corona nicht nach Deutschland kommen oder vorzeitig abreisen, kann nur in Zusammenarbeit mit den Pflegekassen gelöst werden. Eine spontane Lösung, also von heute auf morgen geht nur mit Urlaub/Überstundenabbau. Alle reden von den armen Eltern, die Kinder betreuen müssen, die man im Notfall sicher auch mal anders unterbringen kann, das geht mit alten Menschen nicht.

Wünsche/Ideen/Anregungen:

Es müssen zeitnah Lösungswege gefunden werden, die es ermöglichen wieder zu arbeiten, ohne Risikogruppen zu gefährden. Eine Flexibilität in Bezug auf Home Office wäre ein erster Ansatz.

Auch staatliche Hilfen für eingetragene Vereine, die im Gesundheitswesen tätig sind (zum Beispiel Kreisverbände des Deutschen Roten Kreuzes) sollten angeregt werden. Aktuell werden diese durch keinen „Rettungsschirm“ abgedeckt.

Die Bundesregierung muss eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes beschließen. Das Elterngeld darf nicht auf Basis des KuG, sondern auf Basis des regulären Einkommens berechnet werden. Der Ausbildungszeitraum soll verlängert werden, falls die Prüfung nicht abgelegt werden konnte, aus Gründen, die der Azubi nicht selbst zu verantworten hat. Ausländer mit beschränkter Aufenthaltserlaubnis darf diese nicht entzogen werden, wenn sie KuG beziehen oder arbeitslos werden. Doch zunächst muss ein Plan aus dem Shutdown offengelegt werden. Von Tag zu Tag denken, erzeugt viel Unsicherheit bei der Belegschaft.

Der medizinische Bereich muss auch über die Corona-Krise hinweg noch besser unterstützt werden. Insbesondere in diesen Zeiten merkt, dass eine Privatisierung des Gesundheitssystems viele Probleme mit sich bringt.

Die betriebliche Mitbestimmung und Tarifverträge zeigen insbesondere jetzt, dass sie für Sicherheit in unserem System sorgen. Doch nicht alle Menschen profitieren davon. Daher wird erneut das bedingungslose Grundeinkommen vorgeschlagen.

Bei aller Sorge um COVID-19, sollten wir darauf achten unsere Demokratie so wie unser Grundgesetz zu erhalten, insbesondere Artikel 1.

Es wird von der SPD erwartet, eine große Bildungsinitiative für die Schwächsten zu starten. Wer das Schüler-Home-Office-Lernen nicht hinbekommen hat, gerät noch weiter ins Hintertreffen. Es werden dringend Fachleute und Konzepte benötigt, um ein weiteres soziales Abgleiten zu verhindern. Bildung der bisherigen "Verlierer" ist deren Schlüssel zu Wohlstand, zu Gesundheit, zur Arbeit. Das war DIE Domäne der SPD zumindest nach dem "Sputnik-Schock". Hier muss die SPD punkten. Mit dem Thema BILDUNG für ALLE könnte sie wieder Boden gut machen.

Corona-bedingter Mehraufwand für Kinderbetreuung muss in der Steuererklärung angesetzt werden können. Banken sollen Ratenzahlungen aussetzen oder zumindest reduzieren. Auch an Inkassounternehmen müssen klare Anweisungen erteilt werden. Mahn- bzw. Vollstreckungsverfahren müssen ausgesetzt werden, um Menschen nicht im Anschluss in die Insolvenz zu treiben.

Gewerkschaften sollen eine moderatere Gangart gegenüber dem öffentlichen Arbeitgeber an den Tag legen und konstruktiv mitarbeiten, dass der ÖD in Schwung bleibt und Konjunkturmotor für viele durchgebeutelte Privat-Mittelständler wird.

Fragen, die noch ungeklärt sind:

Bei besonderen Arbeitszeitmodellen, die kurzfristig geschaffen wurden, herrscht noch Unsicherheit gegenüber von Über- und Minusstunden.

Im Schuldienst gibt es zudem große Unterschiede zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften. Dies ist insbesondere in der jetzigen Phase und bei vergangenen tariflichen Lohnerhöhungen zu spüren.

Abschluss-Statement:

Unser Fazit dieser Umfrage ist klar: wir haben in unserer Region (Südhessen) viele Arbeitgeber, die durchaus vorbildlich mit der Situation umgehen und alles dafür tun, dass ihre Beschäftigten geschützt sind und ihre Arbeit weitestgehend uneingeschränkt ausführen können. Wir haben zudem auch viele Arbeitgeber, die mit den ihnen zur Verfügung gestellten Instrumente sorgsam und mit Augenmaß umgehen, sowie auch ein großes Maß an Vertrauen den eigenen Beschäftigten entgegen bringen, welches sich in flexiblen Arbeitszeiten, sowie der freien Wahl des Arbeitsortes, auch über eine längere Zeit hinweg äußert. Eine Fürsorge der Arbeitgeber ist in vielen Fällen vorhanden.

Leider gibt es auch eine große Anzahl an Arbeitgebern, die sich nicht oder nur zaghaft mit der Krise auseinandersetzen, ihre Mitarbeiter teilweise im Regen stehen lassen und keinerlei Maßnahmen im Sinne dieser einführen. Kurzarbeitergeld wird oftmals nicht aufgestockt und das gerade in Branchen, wo dies bitter nötig wäre. Die Ausstattung der Mitarbeiter mit der nötigen Software und Hardware scheitert teilweise am nötigsten. Es gibt keine Regelungen die das Home Office / mobile Arbeiten definieren und eingrenzen.

Was sich aus unserer Sicht auch zeigt und sich auch durch persönliche Erfahrungen seitens unseres Vorstands widerspiegelt wurde ist: Dort wo Tarifverträge vorhanden sind, Sozialpartnerschaft auch von den Arbeitgebern gelebt wird und Mitbestimmungsgremien ihrer Arbeit nachgehen können, gerade dort wird die Krise sehr gut gemanagt.

Wir sind uns einig, dass die getroffenen Maßnahmen Seitens der Bundesregierung und gerade auch von unseren SPD Bundesministern die richtigen waren und auch sind. Allerdings muss an der ein oder anderen Stelle noch nachjustiert werden und Schlupflöcher gestopft werden. Wir fordern unsere Bundesminister*innen außerdem auf, jetzt nicht in voreilenden Gehorsam für die Arbeitgeber / die Wirtschaft das Arbeitszeitgesetz, die Mitbestimmungsgesetze oder ähnliches, zu lockern. Es muss jetzt ein Aufruf an die Arbeitgeber herausgehen, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist einen Tarifvertrag mit der zuständigen DGB Gewerkschaft abzuschließen und in einem engen Schulterschluss mit Betriebs- und Personalräten tragfähige und innovative Lösungen gefunden werden müssen, um sowohl die Unternehmen, als auch die Beschäftigten sicher durch dieses raue Fahrwasser zu bringen.

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	1
Statistik:	
Die teilnehmenden Personen sind in folgenden Branchen tätig	2
Anzahl der Beschäftigten	2
Kurzarbeitergeld	3
Kündigung	3
Urlaub und Überstunden	3
Kinderbetreuung	4
Home / Mobiles Office	4
Finanzielle Einbußen	4
Auswertung der Fragen	
Folgende Schwierigkeiten traten insgesamt mit dem Arbeitgeber auf	5
Welche Regelung hättest du dir von Seiten des Arbeitgebers gewünscht	6
Magst du näher auf deine finanziellen Einbußen eingehen?	7
Was erwartest du nach der Krise von deinem Arbeitgeber?	8
Ich möchte noch folgendes anmerken	9
Abschluss-Statement	12
Inhaltsverzeichnis	13